

Allgemeine Montagebedingungen der J.A. Becker & Söhne GmbH & Co. KG

1. Geltungsbereich

1.1 Diese Allgemeinen Montagebedingungen gelten nur gegenüber Unternehmern in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit und gegenüber juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Sie gelten für sämtliche Montagen, Inbetriebnahmen, Reparaturen und Wartungen („Montagen“), die J. A. Becker & Söhne GmbH & Co. KG (Montageunternehmer) für den Besteller übernimmt, auch wenn sie bei späteren Verträgen nicht erwähnt werden.

1.2 Entgegenstehende, zusätzliche oder von diesen Allgemeinen Montagebedingungen abweichende Geschäftsbedingungen des Bestellers werden auch durch Auftragsannahme nicht Vertragsinhalt, es sei denn, der Montageunternehmer hätte ihrer Geltung schriftlich zugestimmt. Diese Allgemeinen Montagebedingungen gelten auch dann, wenn der Montageunternehmer eine Montage für den Besteller in Kenntnis seiner entgegenstehenden, zusätzlichen oder abweichenden Bedingungen vorbehaltlos durchführt.

1.3 Entgegenstehende, zusätzliche oder abweichende Vereinbarungen zu diesen Allgemeinen Montagebedingungen, die zwischen dem Montageunternehmer und dem Besteller zur Ausführung eines Vertrags getroffen werden, sind in dem Vertrag schriftlich niederzulegen. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.

1.4 Rechte, die dem Montageunternehmer nach den gesetzlichen Vorschriften oder nach sonstigen Vereinbarungen über diese Allgemeinen Montagebedingungen hinaus zustehen, bleiben unberührt.

2. Vertragsschluss

2.1 Angebote des Montageunternehmers sind freibleibend und unverbindlich, es sei denn, der Montageunternehmer teilt Gegenteiliges schriftlich mit.

2.2 Der Montageunternehmer behält sich an sämtlichen Angebotsunterlagen, Mustern, Kostenvoranschlägen, Zeichnungen, Entwürfen, Proben, Modellen und ähnlichen Informationen körperlicher und unkörperlicher Art – auch in elektronischer Form – alle Eigentums-, Urheber- und sonstigen Schutzrechte vor; solche Unterlagen dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden. Der Besteller gibt solche Unterlagen auf Verlangen des Montageunternehmers unverzüglich an den Montageunternehmer heraus, wenn sie im ordnungsgemäßen Geschäftsgang nicht mehr benötigt werden.

2.3 Die zu dem Angebot gehörigen Unterlagen wie Abbildungen, Zeichnungen, Gewichts- und Maßangaben sind nur annähernd maßgebend, soweit sie nicht ausdrücklich als verbildlich bezeichnet sind. Sie stellen keine Vereinbarung oder Garantie einer entsprechenden Beschaffenheit der Montageleistungen dar, es sei denn, sie wurden ausdrücklich schriftlich als solche vereinbart. Auch Erwartungen des Bestellers hinsichtlich der Montageleistungen oder deren Verwendung stellen keine Vereinbarung oder Garantie dar.

2.4 Ein Auftrag wird erst verbindlich, wenn er vom Montageunternehmer durch eine schriftliche Auftragsbestätigung innerhalb von zwei Wochen bestätigt wurde oder der Montageunternehmer den Auftrag ausführt, insbesondere der Montageunternehmer die Montageleistungen erbringt. Eine mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellte Auftragsbestätigung, bei der Unterschrift und Namenswiedergabe fehlen, gilt als schriftlich. Soweit die Auftragsbestätigung offensichtliche Irrtümer, Schreib- oder Rechenfehler enthält, ist sie für den Montageunternehmer nicht verbindlich.

2.5 Das Schweigen des Montageunternehmers auf Angebote, Aufträge, Aufforderungen oder sonstige Erklärungen des Bestellers gilt nur als Zustimmung, sofern dies vorher schriftlich vereinbart wurde.

2.6 Verschlechtern sich die Vermögensverhältnisse des Bestellers wesentlich oder wird der begründete Antrag zur Eröffnung eines Insolvenz- oder vergleichbaren Verfahrens über das Vermögen des Bestellers mangels Masse abgelehnt, ist der Montageunternehmer berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

3. Umfang der Montage

Für Art und Umfang der Montage ist die schriftliche Auftragsbestätigung des Montageunternehmers maßgebend, im Falle eines Angebots des Montageunternehmers mit zeitlicher Bindung und fristgemäßer Annahme das Angebot des Montageunternehmers, sofern keine rechtzeitige Auftragsbestätigung vorliegt. Nebenabreden und Änderungen des Montageumfangs bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung des Montageunternehmers. Konstruktions- und Formänderungen bleiben vorbehalten, soweit es sich um branchenübliche Abweichungen handelt oder soweit die Abweichungen innerhalb der DIN-Toleranzen liegen oder soweit die Änderungen nicht erheblich und dem Besteller zumutbar sind. Entsprechendes gilt für die Wahl des Werkstoffes, die Spezifikation und die Bauart.

4. Technische Hilfeleistung des Bestellers

4.1 Der Besteller hat den Montageunternehmer bei der Durchführung der Montage durch technische Hilfeleistung auf seine Kosten zu unterstützen, insbesondere durch:

- a) Definition der Lage der zu montierenden Komponenten, Anbringen von Höhenfestpunkten (Meterriß) und Anzeichnen der Gebäudeachsen;
- b) Vornahme aller Erd-, Bau-, Schalungs- und Fundamentarbeiten einschließlich Beschaffung der notwendigen Baustoffe;
- c) Bereitstellung erforderlicher Hilfsmittel und schwerer Werkzeuge (z. B. Hebezeuge, Gabelstapler mit 1,6 m Gabellänge, etc.). Montageübliche Werkzeuge (z. B. Handbohrmaschine) werden vom Montageunternehmer gestellt;
- d) Bereitstellung von Heizung, Beleuchtung, Betriebskraft (Stromanschluss 230 / 400 V), Wasser, einschließlich der erforderlichen Anschlüsse;
- e) Bereitstellung geeigneter, diebstahrsicherer Aufenthalts- und Arbeitsräume (mit Beheizung, Beleuchtung, Waschgelegenheit, sanitärer Einrichtung, Erster Hilfe), sowie verschließbarer Räume für die Aufbewahrung des Werkzeugs des Montagepersonals;
- f) Abladen und Transport der Montageteile zum Montageplatz, Schutz der Montageteile und -materialien vor schädlichen Einflüssen jeglicher Art, Bereitstellen entsprechender Lagerflächen für die Montageteile;
- g) Ausschalen, Trockenlegen und Reinigen erstellter Fundamente incl. montierter Fundamentrahmen, sowie die Entsorgung evtl. Bauabfälle und Schalungsmaterialien;
- h) Herstellen eines tragfähigen Untergrundes und Gewährleisten eines ungehinderten Zugangs zur Montagestelle;
- i) Bereitstellung der Materialien und benötigter Fahrzeuge sowie Vornahme aller sonstigen Handlungen, die zur Einregulierung des zu montierenden Gegenstandes und zur Durchführung einer vertraglich vorgesehenen Erprobung und Abnahme notwendig sind.

4.2 Die technische Hilfeleistung des Bestellers muss gewährleisten, dass die Montage unverzüglich nach Ankunft des Montagepersonals begonnen und ohne Verzögerung bis zur Abnahme durch den Besteller durchgeführt werden kann.

4.3 Kommt der Besteller seinen Pflichten nicht nach, so ist der Montageunternehmer nach Fristsetzung berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die dem Besteller obliegenden Handlungen an dessen Stelle und auf dessen Kosten vorzunehmen. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Rechte und Ansprüche des Montageunternehmers unberührt.

5. Montagefrist, Montageverzögerung

5.1 Die Vereinbarung von Montagezeiten (Montagefristen und -terminen) bedarf der Schriftform. Montagefristen und -termine sind unverbindlich, soweit sie nicht vorher vom Montageunternehmer schriftlich als verbindlich bezeichnet werden.

5.2 Die Montagefrist beginnt mit Vertragsschluss, jedoch nicht vor der vollständigen Beibringung der vom Besteller zu beschaffenden Unterlagen, Genehmigungen und Freigaben, der Abklärung aller technischen Fragen sowie dem Eingang einer vereinbarten Anzahlung oder im Falle eines Auslandsgeschäfts nach Eingang der vollständigen Zahlung. Die Einhaltung der Montagefrist durch den Montageunternehmer setzt voraus, dass alle kaufmännischen und technischen Fragen zwischen den Vertragsparteien geklärt sind und der Besteller alle ihm obliegenden Verpflichtungen, wie z.B. Beibringung der erforderlichen behördlichen Bescheinigungen oder Genehmigungen oder die Leistung einer Anzahlung oder im Falle eines Auslandsgeschäfts die gesamte Zahlung erfüllt hat. Ist dies nicht der Fall, so verlängert sich die Montagefrist angemessen. Dies gilt nicht, soweit der Montageunternehmer die Verzögerung zu vertreten hat. Die Einhaltung der Montagefrist setzt die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der übrigen Verpflichtungen des Bestellers voraus.

5.3 Die Montagefrist ist eingehalten, wenn bis zu ihrem Ablauf die Montage zur Abnahme durch den Besteller bereit ist.

5.4 Verzögert sich die Montage durch den Eintritt von Umständen, die vom Montageunternehmer nicht verschuldet sind, so tritt eine angemessene Verlängerung der Montagefrist ein.

6. Abnahme

Der Besteller ist zur förmlichen Abnahme der Montage verpflichtet, sobald ihm deren Beendigung angezeigt worden ist. Die förmliche Abnahme erfolgt durch Unterzeichnung des Abnahmeprotokolls durch den Besteller. Der förmlichen Abnahme steht es insbesondere gleich, wenn der Besteller die Werkleistungen nicht innerhalb einer ihm vom Montageunternehmer gesetzten angemessenen Frist abnimmt, obwohl er dazu verpflichtet ist, oder wenn der Besteller die betreffenden Montagegegenstände in Betrieb nimmt oder in anderer Weise nutzt.

Liegt ein nicht wesentlicher Mangel vor, so kann der Besteller die Abnahme nicht verweigern. Der Montageunternehmer ist berechtigt, auch Teilabnahmen zu verlangen.

7. Vergütung

7.1 Die Montage wird nach Zeitberechnung mit den aktuell gültigen Montagesätzen abgerechnet, falls nicht ausdrücklich ein Pauschalpreis vereinbart ist.

7.2 Die vereinbarten Beträge verstehen sich ohne Umsatzsteuer, die in der gesetzlichen Höhe zusätzlich zu vergüten ist.

7.3 Als Zahlungstag gilt der Tag, an dem der Montageunternehmer über die Vergütung verfügen kann. Im Falle des Zahlungsverzugs hat der Besteller Verzugszinsen in Höhe von 9 %-Punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz p.a. zu bezahlen. Weitergehende Ansprüche des Montageunternehmers bleiben unberührt.

8. Mängelansprüche des Bestellers

8.1 Der Besteller hat einen festgestellten Mangel unverzüglich schriftlich dem Montageunternehmer anzuzeigen.

8.2 Bei Mängeln an dem abgenommenen Werk ist der Montageunternehmer nach seiner Wahl zur Nacherfüllung durch die Beseitigung des Mangels oder Nachlieferung berechtigt. Ist der Fehler auch nach Setzung einer angemessenen Nachfrist nicht beseitigt, kann der Besteller den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen, vom Vertrag zurücktreten, die Vergütung durch Erklärung gegenüber dem Montageunternehmer mindern oder Schadensersatz verlangen. Ersetzte Teile werden Eigentum des Montageunternehmers und sind an den Montageunternehmer herauszugeben.

8.3 Für Mängel infolge natürlicher Abnutzung, insbesondere bei Verschleißteilen, unsachgemäßer Behandlung, Montage, Nutzung oder Lagerung oder unsachgemäß ausgeführter Änderungen oder Reparaturen des Werks durch den Besteller oder Dritte entstehen keine Mängelansprüche. Dasselbe gilt für Mängel, die dem Besteller zuzurechnen oder die auf eine andere technische Ursache als der ursprüngliche Mangel zurückzuführen sind.

8.4 Ansprüche des Bestellers auf Aufwendungsersatz anstelle des Schadensersatzes statt der Leistung sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen nicht auch ein vernünftiger Dritter gemacht hätte.

8.5 Der Montageunternehmer übernimmt keine Garantien, insbesondere keine Beschaffenheits- oder Haltbarkeitsgarantien, soweit im Einzelfall nichts anderes schriftlich vereinbart wird.

8.6 Die Verjährungsfrist für die Mängelansprüche des Bestellers beträgt ein Jahr. Sofern es sich bei dem mangelhaften Werk um ein Bauwerk oder ein Werk handelt, dessen Erfolg in der Erbringung von Planungs- oder Überwachungsleistungen hierfür besteht, beträgt die Verjährungsfrist fünf Jahre. Die Verjährungsfrist von einem Jahr gilt auch für Ansprüche aus unerlaubter Handlung, die auf einem Mangel des Werks beruhen. Die Verjährungsfrist beginnt mit der Abnahme. Die Verjährungsfrist von einem Jahr gilt nicht für die unbeschränkte Haftung des Montageunternehmers für Schäden aus der Verletzung einer Garantie oder aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit, für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit und für Produktfehler oder soweit der Montageunternehmer ein Beschaffungsrisiko übernommen hat. Eine Stellungnahme des Montageunternehmers zu einem von dem Besteller geltend gemachten Mängelanspruch ist nicht als Eintritt in Verhandlungen über den Anspruch oder die den Anspruch begründenden Umstände anzusehen, sofern der Mängelanspruch des Bestellers in vollem Umfang zurückgewiesen wird.

9. Ersatzleistung des Bestellers

Werden ohne Verschulden des Montageunternehmers die von ihm gestellten Vorrichtungen oder Werkzeuge auf dem Montageplatz beschädigt oder geraten sie ohne sein Verschulden in Verlust, so ist der Besteller zum Ersatz dieser Schäden verpflichtet. Schäden, die auf normale Abnutzung zurückzuführen sind, bleiben außer Betracht.

10. Haftung des Montageunternehmers

10.1 Für Schäden

- a) aus der Verletzung einer Garantie oder
- b) aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie
- c) für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit oder
- d) soweit der Montageunternehmer ein Beschaffungsrisiko übernommen hat,

haftet der Montageunternehmer unbeschränkt. Für leichte Fahrlässigkeit haftet der Montageunternehmer nur, sofern wesentliche Pflichten verletzt werden, die sich aus der Natur des Vertrags ergeben und die für die Erreichung des Vertragszwecks von besonderer Bedeutung sind. Bei Verletzung solcher Pflichten, Verzug und Unmöglichkeit ist die Haftung von des Montageunternehmers auf solche Schäden begrenzt, mit deren Entstehung im Rahmen dieses Vertrags typischerweise gerechnet werden muss. Eine zwingende gesetzliche Haftung für Produktfehler bleibt unberührt.

10.2 Soweit die Haftung des Montageunternehmers ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für

die persönliche Haftung der Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen des Montageunternehmers.

11. Höhere Gewalt

11.1 Sofern der Montageunternehmer durch höhere Gewalt an der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, insbesondere an der Erbringung der Montageleistungen, gehindert wird, wird der Montageunternehmer für die Dauer des Hindernisses sowie einer angemessenen Anlaufzeit von der Leistungspflicht frei, ohne dem Besteller zum Schadensersatz verpflichtet zu sein. Dasselbe gilt, sofern dem Montageunternehmer die Erfüllung seiner Pflichten durch unvorhersehbare und vom Montageunternehmer nicht zu vertretende Umstände, insbesondere durch Arbeitskampf, behördliche Maßnahmen, Energiemangel, Pandemie, Lieferhindernisse bei einem Zulieferer oder wesentliche Betriebsstörungen unzumutbar erschwert oder vorübergehend unmöglich gemacht wird. Dies gilt auch, wenn der Montageunternehmer bereits im Verzug ist. Soweit der Montageunternehmer von der Montagepflicht frei wird, gewährt der Montageunternehmer etwa erbrachte Vorleistungen des Bestellers zurück.

11.2 Der Montageunternehmer ist berechtigt, nach Ablauf einer angemessenen Frist von dem Vertrag zurückzutreten, wenn ein solches Hindernis mehr als vier Monate andauert und der Montageunternehmer an der Erfüllung des Vertrags infolge des Hindernisses kein Interesse mehr hat. Auf Verlangen des Bestellers wird der Montageunternehmer nach Ablauf der Frist erklären, ob er von seinem Rücktrittsrecht Gebrauch machen oder die Montageleistungen innerhalb einer angemessenen Frist erbringen wird.

12. Geheimhaltung

12.1 Die Parteien sind verpflichtet, sämtliche ihnen zugänglich werdenden Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, für die Dauer von fünf Jahren ab Lieferung, geheim zu halten und sie, soweit nicht für die Geschäftsbeziehung geboten, weder aufzuzeichnen noch weiterzugeben oder zu verwerten.

12.2 Die Geheimhaltungsverpflichtung entfällt, soweit die Informationen der empfangenden Partei nachweislich bereits vor Aufnahme der Vertragsbeziehung bekannt oder vor der Aufnahme der Vertragsbeziehung allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden der empfangenden Partei allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt die empfangende Partei.

12.3 Die Parteien werden durch geeignete vertragliche Abreden mit den für sie tätigen Arbeitnehmern und Beauftragten, insbesondere ihren freien Mitarbeitern und den für sie tätigen Werkunternehmern sowie Dienstleistern, sicherstellen, dass auch diese für die Dauer von fünf Jahren ab Lieferung jede eigene Verwertung, Weitergabe oder unbefugte Aufzeichnung solcher Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse unterlassen.

13. Datenschutz

13.1 Die Parteien verpflichten sich gegenseitig, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz, insbesondere die EU-Datenschutzgrundverordnung („DSGVO“) in Ausführung des Vertrages zu beachten und die Einhaltung dieser Bestimmungen ihren Mitarbeitern aufzuerlegen.

13.2 Die Parteien verarbeiten die erhaltenen personenbezogenen Daten (Namen und Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartner) ausschließlich zur Erfüllung des Vertrages (Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO) und werden diese durch dem aktuellen Stand der Technik angepasste technische Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DSGVO) schützen. Die Parteien verpflichten, sich die personenbezogenen Daten zu löschen, sobald deren Verarbeitung nicht mehr erforderlich ist. Etwaige gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt.

13.3 Sollte der Montageunternehmer im Rahmen der Vertragsdurchführung für den Besteller personenbezogene Daten im Auftrag verarbeiten, werden die Parteien hierüber eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO schließen.

14. Schlussbestimmungen

14.1 Die Übertragung von Rechten und Pflichten des Bestellers auf Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Montageunternehmers möglich.

14.2 Gegenansprüche des Bestellers berechtigen ihn nur dann zur Aufrechnung, wenn sie rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Besteller nur geltend machen, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

14.3 Für die Rechtsbeziehung zwischen dem Montageunternehmer und dem Besteller gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

14.4 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus der Geschäftsbeziehung zwischen dem Montageunternehmer und dem Besteller ist der Sitz des Montageunternehmers. Der Montageunternehmer ist auch

zur Klageerhebung am Sitz des Bestellers sowie an jedem anderen zulässigen Gerichtsstand berechtigt. Schiedsklauseln wird widersprochen.

14.5 Erfüllungsort für sämtliche Leistungen des Bestellers und des Montageunternehmers ist der Sitz des Montageunternehmers soweit nichts anderes vereinbart ist.

14.6 Die Vertragssprache ist deutsch.

14.7 Sollte eine Bestimmung dieser Allgemeinen Verkaufsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich in diesen Allgemeinen Verkaufsbedingungen eine Lücke befinden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame oder durchführbare Bestimmung als vereinbart, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck dieser Allgemeinen Verkaufsbedingungen vereinbart worden wäre, sofern die Vertragsparteien die Angelegenheit von vorne herein bedacht hätten.